



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/232 - 13.10.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Ein Skandal
- - - - -

sp Der Finanz- und Steuerausschuss des Deutschen Bundestages hat am Dienstag mit den Stimmen aller Koalitionsparteien und gegen die Stimmen der SPD beschlossen, dass Zuwendungen an politische Parteien in Zukunft steuerlich abzugsfähig sein sollen. Dieser Beschluss der Koalitionsparteien sollte die helle Empörung aller Schichten des Volkes hervorrufen, denn die Unmoral, die sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren mehr als breit gemacht hat, soll nun auch noch auf Kosten aller Steuerzahler staatlich sanktioniert werden.

Niemand hat etwas dagegen, wenn die Mitglieder und Anhänger einer Partei in selbstloser Opferbereitschaft diese auch mit Beiträgen unterstützen. Das aber ist ihre reine Privatangelegenheit und kann nicht auf Kosten des Staates steuerlich begünstigt werden. Wogegen man sich mit aller Entschiedenheit wenden muss, sind jedoch die un-
saubereren Methoden der Finanzierung der Koalitionsparteien durch Industrie, Handel und Wirtschaft, die ausschliesslich investitionsähnlichen Charakter haben, d.h., man verlangt von den Geldnehmern nachher, dass sie ihre Entscheidungen so fällen, dass die Geldgeber die Parteifinanzierungsgroschen in harten D-Mark hundertfach wieder hereinbekommen.

Es ist sicherlich nicht nur Kombination, wenn man auspricht, dass der unmoralische Beschluss der Koalitionsparteien, Zuwendungen an Parteien steuerlich zu begünstigen, auf der Industriellenkonferenz im Bundeskanzleramt geboren wurde, die kürzlich stattfand. Vielleicht haben auch Tagungen ähnlicher Art in der Provinz Anregungen dazu gegeben. Bei solchen Gemeinschaftsempfängen ist die Möglichkeit, sich von der Zeichnung von Beträgen auszuschliessen, gleich Null, denn wer hätte schon den Mut, nachdem der Bundeskanzler in Referaten in den Himmel gehoben wurde, sich zu verweigern, denn nachher der "Klingelbeutel" herumgereicht wird. Es mag auch sein, dass die wachsenden Anforderungen der Parteiapparate der Koalitionsparteien steuerlich nicht mehr mit fingierten Anleiherechnungen manipuliert werden können

Aber wie dem auch sei, der Beschluss der Koalitionsparteien ist ein Skandal ohne Gleichen. Die Sozialdemokratie wird alles versuchen, um ihn in künftigen Beschlüssen des Plenums wieder hinfällig zu machen. Sie wird ihr Ziel aber nur erreichen können, wenn sie die Unterstützung der Bevölkerung erhält. Diese öffentliche Meinung hat vor kurzer Zeit erreicht, mehrere Versuche des Herrn Dr. Lenz abzuwehren, ein Informationsministerium oder einen Koordinierungsausschuss zur Gängelung der öffentlichen Meinung zu bilden. Sie muss es auch schaffen, dass hier einen Schacher mit der Gesinnung ein Ende gesetzt wird bevor die Auswirkungen jeder unmittelbar am eigenen Leib zu spüren bekommt. Es geht hier um die Frage: politische Sauberkeit oder politische Unmoral. Zu dieser Entscheidung ist nicht nur das Parlament, sondern jeder aufgerufen.

+ + +

- 2 -

Wird Südafrika Republik ?Mögliche Folgen des Rücktritt Malans

Dr. R. Der 80-jährige Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, Daniel Malan, wird nach seiner eigenen Ankündigung Ende November zurücktreten. Damit war seit längerer Zeit zu rechnen. Das im Dezember zusammentretende Kap-Parlament hat also einen Nachfolger zu wählen. Die Kulissenkämpfe um die zu vergebende Ministerpräsidentschaft gehen schon einige Wochen und beschäftigen vor allem die regierende Nationale Partei. Dabei ist der neue Anwärter kaum umstritten, da er eigentlich keinen Konkurrenten hat, wenn man von dem alten Nicolaas Havenga absieht, dessen 71 Jahre ein rechtes Handicap sind. Der Hauptanwärter heisst J.G. Strijdom. Er hat den Vorteil, in den vierziger Jahren zu stehen, und den Nachteil, als Führer des radikalen rechten Parteiflügels seine Worte zu selten auf die Waagschale zu legen. So leistet er sich in der Frage der Apartheid-Politik, d.h. die Politik der konsequenten Rassentrennung, und in der Forderung nach Reform des Obersten Appellationsgerichts im Sinne einer Stärkung der souveränen Macht des Parlaments sehr selbständige Ansichten auch gegenüber seinem Partei- und Regierungschef, der, hochbetagt, jede Krise und jede Übereilung vermieden sehen will und mehr als einmal seinen stürmischen Partei-Junior zurückpfeifen musste.

In einem Punkt ist das Malan gar nicht gelungen. Und das ist es gerade, was jetzt angesichts seiner Rücktrittswünsche ein bestimmtes Licht auf die Zukunft Südafrikas zu werfen geeignet ist. Strijdom ist Republikaner und will die Südafrikanische Republik ausrufen lassen, ausserhalb des Commonwealth wohlgerne. Malan hat eine solche Entscheidung mit Rücksicht auf die Verschmelzung des britischen und bürischen Teils der weissen Bevölkerung immer vermieden, obwohl das nicht immer in seinen Äusserungen und Handlungen, (z.B. in seiner Zustimmung zu dem jüngsten Angebot des Hafens Simonstown an die amerikanische Flotte zur Sicherung des Südatlantik) erkennbar war. Darum hat der greise Staatsmann auch die neuerdings erhobenen Forderungen Strijdoms mit Unbehagen gehört. Das mögliche Tempo eines so eingeleiteten Auflösungsprozesses des Commonwealth beunruhigt ihn. Strijdom hat sich dadurch nicht abhalten lassen. Im führenden Organ Transvaals, seiner Heimat, sagte er, die Frage der Errichtung der Republik müsse jetzt in den Vordergrund gerückt werden. Zwar hat die Nationale Partei vom Oranje-Freistaat dazu erklärt, das Problem der Republik bedeute nicht automatisch den Austritt aus dem

Commonwealth. Andererseits bestehen mit Ländern ausserhalb der britischen Union, etwa Holland, Frankreich und den USA, bessere Beziehungen als zum Commonwealth-Mitglied Indien, mit dem nicht einmal diplomatische Beziehungen unterhalten werden.

Die stärksten Triebkräfte für eine Loslösung vom Commonwealth sind offensichtlich die strukturellen Veränderungen im Commonwealth selbst. Die Tendenz zur Aufnahme nichtweisser Mitglieder in diesen Staatenverband wird in Südafrika, wo man sich des Drucks der schwarzen und farbigen Bevölkerung stärker ausgesetzt sieht als jemals zuvor, nicht gern gesehen. Die Anhänger, aber auch manche Gegner der Apartheid-Politik sind besorgt über eine Entwicklung, die in den Gerüchten zum Ausdruck kommt, in nicht allzu ferner Zeit werde sowohl die Goldküste wie auch Nigeria den Status eines Mitgliedsstaates des Commonwealth erhalten.

Es liegen auch schon Anzeichen vor, wie man sich die künftige Entscheidung denkt. Ein neues Parlament soll unter der Losung der Ausrufung der Republik gewählt werden, wobei die Wähler die Möglichkeit hätten, sich durch die Wahl von Kandidaten der Regierungspartei für die Republik zu entscheiden. Eine neue und demokratischere Verfassung, die jede diktatorische Neigung eines Staatspräsidenten von vornherein ausschaltet, sei auszuarbeiten, in der die direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk vorgesehen sein müsse.

Der bevorstehende Rücktritt Malans hat dem staatsrechtlichen Status Südafrikas einen unbeabsichtigten Stoss versetzt. Die einmal angeschnittene Frage ist in aller Munde und muss beantwortet werden. Die Versuche Malans, das zu verhindern, und keine Krise zwischen englischen und burischen Bevölkerungsteilen aufkommen zu lassen, sind offensichtlich an der Hartnäckigkeit seines präsumptiven Nachfolgers gescheitert. So kündigen sich stürmische Monate für den Kap-Staat an: Totale oder partielle Apartheid, Wahlrecht für die Mischlinge, Wahl des Ministerpräsidenten, Verfassungsumbau. Staatsformproblem, Austritt aus dem Commonwealth bringen ein gerüttelt Mass von Aufgaben. Sie müssen überlegen gelöst werden, wenn sie nicht die bestehenden Schwierigkeiten, hauptsächlich beim Schwarz-Weiss-Problem, in dem Augenblick zur Krise treiben sollen, da der einst so hitzige und heute so abgeklärte Premier das Steuer des Landes Jüngeren überlässt.

13.10.1954

Evangelisch-katholische Gespräche in Loccum

-dt, Hannover, im Oktober

"Die Unterschiede zwischen den Konfessionen in Deutschland sind in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit wieder stärker deutlich geworden. Die dadurch hervorgerufenen Spannungen wirken sich bis in unser öffentliches Leben hinein aus. Damit hat die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen religiöser Tendenz erneut an Gewicht gewonnen."

Diese Sätze stehen am Anfang einer Einladung, die zahlreiche Journalisten im Bundesgebiet zu einer Aussprache in der Evangelischen Akademie im Kloster Loccum bei Hannover bekommen haben. Das Thema der viertägigen Aussprache ist durch die einleitenden Sätze angedeutet: "Konfession und Politik" heisst das eine Referat, das der katholische Journalist Walter Dirks halten soll, und "Konfession und Toleranz" das zweite Hauptreferat mit Landesbischof Dilje als Autor. Als Korreferent ist der bekannte Jesuitenpater Prof. Hirschmann vorgesehen. Das sind in beiden Kirchen gewichtige Männer und es bestehen keine Zweifel, dass Referate und Diskussion regem Interesse begegnen werden.

"Die Gegenreformation in Niedersachsen"

Der Zufall will, dass zur gleichen Zeit in Hannover eine Broschüre erscheinen wird, die den Titel trägt: "Die Gegenreformation in Niedersachsen". Ihr Autor ist nicht bei einer der beiden Kirchen zu suchen. Es ist der Chefredakteur der "Hannoverschen Presse", Wilhelm Korpeter, der das, was in der Broschüre gesagt wird, schon vorher in seiner Zeitung veröffentlicht hat: Beweise über handfeste Versuche der katholischen Kirche, in den überwiegend protestantischen norddeutschen Raum vorzustossen und unter dem Deckmantel der Caritas auf lange Sicht berechnete Gegenreformation zu betreiben. Ausgangspunkt für die katholische Aktion ist die durch den grossen Flüchtlingsstrom erfolgte Durchsetzung ehemals rein evangelischer Landschaften mit ostvertriebenen Katholiken; generalstabsartig sind dafür entsprechende Stützpunkte erbaut worden oder im Entstehen begriffen. Der einheimische Klerus hat sich dabei im Hintergrund gehalten, in der vordersten Front standen oder stehen holländische und belgische Patres, die aus neu erbauten Klöstern mitten im protestantischen Gebiet das tun, was in einer holländischen katholischen Zeitung angekündigt war: "...dass dadurch das Kreuz von Christus erstrahlen möge in der Lüneburger Heide".

Die Klöster, "Festungen für Gott" genannt, sind Gründungen des holländischen Prämonstratenser-Paters Berenfried van Straaten, der in früheren Jahren, als in Deutschland der Hunger an der Tagesordnung war, tonnenweise Lebensmittel in die vorderste Glaubensfront brachte, was ihm

den Namen "Speckpater" eintrug, eine Bezeichnung, unter der er sich gern heute noch mit hingehaltener, offener Hand an den Autobahnen oder in Versammlungen aufstellt, um den Nervus rerum jeden Krieges, das Geld, aufzutreiben. Er tut das mit viel Erfolg; innerhalb Jahresfrist konnte er die Patres, die er "an die Front" schickt, motorisieren. Für die katholische Kirche laufen heute im norddeutschen Diasporagebiet rund 1000 Motorfahrzeuge.

Ein Verbot des Regierungspräsidenten

Korspeters Veröffentlichungen hatten eine aktuelle Konsequenz: vor wenigen Tagen hat der Regierungspräsident von Lüneburg den Bau einer solchen "Festung für Gott" in Altenhagen bei Celle verbieten müssen, weil das vorgesehene Gelände für Wohnsiedlungen bestimmt sei. Vorher hatte die katholische Kirche versucht, die "Festung" (Kirche, Kloster, Seminar, Kindergarten usw.) direkt in Celle auf städtischem Grund zu bauen. Als das der Rat der Stadt verhinderte und die katholische Kirche an den Stadtrand ausweichen wollte, wehrten sich die dortigen Einwohner, so dass der Regierungspräsident das letzte Wort sprechen musste.

Vom einheimischen Klerus werden die Rekatholisierungs-Tendenzen in Abrede gestellt und der grosse Einsatz an Menschen, Geld und Material mit dem Mangel an Priestern für die zerstreut lebenden Katholiken begründet. Die Statistiker der evangelischen Kirche haben bisher noch keine abnormale Abwanderung von Protestanten zum Katholizismus feststellen können; insofern scheint den "Festungen Gottes" der erhoffte Erfolg versagt zu sein. Es muss überdies festgestellt werden, dass die offizielle evangelische Kirche zu diesen Dingen bisher geschwiegen hat. Dass Schweigen keinesfalls Nichtwissen bedeutet, sondern Sorge um den konfessionellen Frieden, zeigen Reaktionen örtlicher Stellen, also der Pastoren "an der Front". Das zeigt noch deutlicher die Tatsache, dass Korspeter einen beträchtlichen Teil des Materials, das er veröffentlichte, vom Evangelischen Bund in Bensheim, der Bundesvereinigung der protestantischen Laien, zur Verfügung gestellt bekommen hatte.

Nachklänge der Marienweihe

Die Spannungen scheinen aber nun grösser geworden zu sein als die Sorge um den konfessionellen Frieden. Die Themenstellung von Loccum lässt diesen Schluss jedenfalls zu. Nicht zuletzt dürfte dazu ein Ereignis beigetragen haben, das, obwohl vor sechs Wochen eingetreten, heute noch die Gemüter bewegt: die sogenannte Marienweihe auf dem Katholikentag in Fulda. Dort hat Kardinal Frings trotz eines vorangegangenen Protestes des Vorsitzenden der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen

Kirchen Deutschlands, Landesbischof D. Meiser-München, "das gesamte deutsche Volk dem reinen Herzen Marias" geweiht, ein Vorgang, bei dem ausser acht gelassen wurde, dass die Mehrheit des deutschen Volkes protestantisch ist und den Marienkult ablehnt. Gegen diesen Totalitätsanspruch des Katholizismus hat Bischof Meiser protestiert und die obersten Instanzen aller evangelischen Kirchen haben den Protest zweimal bekräftigt.

Loccum wird demnach keinen Mangel an Diskussionsstoff haben.

+ + +

Gefährliche Temperatur-Erhöhung

Aus Schleswig-Holstein wird uns geschrieben

Hintertürgründe und Zielsetzung der soeben in Schleswig-Holstein erfolgten Registrar-Neubildung beanspruchen weit über den Rahmen der CDU hinaus das öffentliche Interesse. Um zu einer objektiven Beurteilung zu gelangen, muss man sich allerdings frei machen von den Nebelschweiden, die von CDU, SPD und FDP geilligte Regierung in Kiel sei wegen der Erhaltung der zweidrittel Mehrheit für den Bundeskanzler im Bundesrat aus Gründen der staatspolitischen Raison notwendig gewesen. Dieser von der CDU bereits vor Etablierung des zweiten Kabinetts Arnold abgelassene Nebel soll die systematisch betriebene Eingliederung aller Länderragierungen in den Bonner Koalitions-Zentralismus verbergen. Er soll die Länderkabinette einhüllen in die Litverantwortung für die Adenauersche Aussenpolitik und damit ablenken von den seit 1949 noch immer ungelösten Problemen der Deutschen Innenpolitik. Abgesehen davon, dass davon der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik mit all den im Grundgesetz den Ländern auferlegten Pflichten und Rechten nachgerade zu einer staatspolitischen Farce geworden ist, ist nunmehr nach Nordrhein-Westfalen zum zweiten Male in der Bundesrepublik die Grundlage jeglichen politischen Handelns in einer Demokratie, der Wählerwille, rigoros beiseite geschoben worden.

Eindeutiger Wählerwille

Das Zustandekommen der Kieler Regierung unter dem 41-jährigen Ministerpräsidenten von Hassel stellt ein Schulbeispiel dar, das nicht ernst genug untersucht werden kann. Der Wählerwille in Schleswig-Holstein war am 12. September d. J. eindeutig gegen die CDU zum Ausdruck gekommen. Darauf vertrauend, dass die übrigen sich noch demokratisch nennenden Parteien ihn respektieren würden, übernahm die SPD als die stärkste Partei und als einziger Wahlsieger die Initiative zur Regierungsbildung. Die Verhandlungs-

delegation unter Führung des Fraktions-Vorsitzenden Käber erklärte sich bereit, mit allen im Landtag vertretenen Parteien -CDU, BHE, FDP und SHB (Schleswig-Holstein-Block gleich DP)- zu verhandeln, obgleich die Führung der CDU, trotz ihrer Wahlniederlage mit einem Verlust von mehr als 40% ihrer Stimmen bei der Bundestagswahl, jedes Gespräch mit der SPD abgelehnt hatte. Da bei der jetzigen Zusammensetzung des Kieler Landtages, je 25 Abgeordnete bei SPD und CDU, 10 des BHE, fünf der FDP und vier des SHB, nach der Absage der CDU eine Regierungsbildung der SPD nur noch möglich war unter Einbeziehung des BHE, wurden die Kontaktnahmen mit dem BHE in offener, fairer und konzilianter Form geführt. Um darzulegen, dass der sozialdemokratische Wunsch nach einer Beteiligung an der Regierungs-Verantwortung nicht von partei-egoistischen Absichten, sondern ausschliesslich von der Sorge um eine sehr breite Regierungsgrundlage zum besten des Landes diktiert war, wurden die Freien Demokraten zum Eintritt in eine SPD - BHE - FDP-Koalition aufgefordert. Eine einzige Bedingung hatte die SPD gestellt: die neue Regierung müsse einen sozial verpflichtenden und auch den Arbeitnehmern gerecht gewordenen Kurs steuern. Eine Verständigung auf dieser Grundlage schien zum Greifen nahe zu sein, zumal das entscheidende Gremium des BHE, der Landesausschuss, beschlossen hatte, das parlamentarische Gewohnheitsrecht nicht zu verletzen und demzufolge der SPD als der grössten Partei den Landtagspräsidenten zuzubilligen.

Massiver Druck auf Lübke

Erst in diesem Augenblick abschliessender Gespräche schaltete sich die CDU ein, die bis dahin die gekränkte Leberwurst gespielt hatte, weil alle übrigen Parteien den bisherigen Ministerpräsidenten Lübke als niederlichen Regierungschef abgelehnt hatten. Eine CDU-Abordnung sah sich gezwungen, Lübke den Rücktritt dringend nahezu legen, da "sonst die Gefahr einer sozialdemokratischen Regierung bestünde". Nur durch massiven Druck seiner Parteifreunde konnte Lübke zur Demission veranlasst werden. Das auch in Schleswig-Holstein erforderliche Misstrauensvotum zur Ablösung eines Kabinettschefs gab Lübke eine sehr starke Stellung. Wollte die CDU in der Regierung verbleiben, hätte sie sich, wenn Lübke nicht "gutwillig" zurücktrat und wegen der scharf ablehnenden Haltung aller anderen Koalitions-Partner, einem Misstrauensvotum gegen ihren eigenen Landesvorsitzenden anschliessen müssen. Eine derartige Blamage wäre einmalig gewesen.

Lübke, der das Dilemma seiner Partei sehr wohl erkannte, willigte nur unter der Bedingung in seinen "freiwilligen" Rücktritt ein, dass der von ihm benannte von Hassel sein Nachfolger würde. Da inzwischen BHE und FDP von Bonn aus bedeutet worden war, eine Koalition mit der SPD in Schleswig-Holstein würde den Bestand der Bonner Regierung "auf das äusserste gefährden", schwankten urplötzlich diese beiden Parteien von ihrer bis dato an den Tag gelegten Verständigungsbereitschaft mit der SPD ab. Während sie noch mit der SPD verhandelten, forcierten sie gleichzeitig ihre Gespräche mit der CDU, sie unterschrieben einen Koalitionsvertrag, der praktisch von Lübke diktiert ist. Zu dessen Hauptbestandteil gehört die Vorpflichtung, Herrn von Hassel, engster Vertrauter und Ratgeber Lübke's, als neuen Ministerpräsidenten zu akzeptieren. Ferner mussten sich FDP und BHE verpflichten, unter eklatanter Verletzung parlamentarischer und jahrzehntelanger Gepflogenheiten für die Wahl eines CDU-Mannes zum Landtagspräsidenten als Vertreter der zweitstärksten Partei zu stimmen. Die souveräne Missachtung des Wählerwillens wird abgerundet durch die bekanntgegebene Abmachung,

der SPD keinen einzigen Vorsitzenden der Parlaments-Ausschüsse zuzugestehen. Diese gewollte Brückierung der SPD als betont staatstragende und die breiten Bevölkerungsschichten vertretende Partei erlaubt sich noch nicht einmal der derzeitige Bundestag!

Ausgesprochene Hasskomplexe

Als der Abschluss des Koalitionsvertrages bekannt geworden war, unternahm der SHB, praktisch die von der CDU an die Wand gedrückte DP, den Versuch, durch die Nominierung des ehemaligen Kieler Oberbürgermeisters und früheren CDU-Landtags-Abgeordneten, Rechtsanwalt Dr. Emcke, eine Regierung unter Heranziehung aller Parteien zustande zu bringen. Dr. Emcke, im Gegensatz zu von Hassel, ein ruhiger, leidenschaftsloser und allgemein geachteter politischer Köhner, fand die Zustimmung der SPD, aber auch zahlreicher CDU- und FDP-Vertreter. Seine Wahl zum Kabinettschef lag darauf im Bereich des Möglichen. Der 41-jährige von Hassel erschien ausser der SPD auch weiten Kreisen der CDU und FDP wegen mangelnder Lebenserfahrung und fehlender sachlicher Voraussetzungen, dafür jedoch ausgestattet mit ausgesprochenen Hasskomplexen gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, als nicht gerade geeignet, den neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und im nächsten Jahr sogar als Bundesrats-Präsident, den dritt-höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik, abzugeben.

Durch schärfsten Fraktionszwang und unter dem erheblichen Druck ehrenwort-ähnlicher Verpflichtungen ist es gelungen, die zu einer Verständigung und Zusammenarbeit mit der SPD bereiten Abgeordneten an die von Lübke und seinem Kreis gehaltenen Fesseln anzuketten. Nur so unterlag Dr. Emcke als ausgleichendes Element mit 28 zu 36 Stimmen bei drei Enthaltungen dem Scharfmacher Hasse. So kam es, dass der grössten Partei der Landtagspräsidenten weggezogen wurde. Jetzt ist das eingetreten, was kluge und weitdenkende Kreise in allen Teilen der Bevölkerung dieses Mal bei ihrer Wahlentscheidung mit aller Bestimmtheit nicht gewünscht hatten: die SPD, die in Schleswig-Holstein wohl am umfassendsten alle Arbeiterschichten umschliesst, ist von jeglicher Mitwirkung und Mitbestimmung im ärmsten deutschen Bundesland radikal ausgeschlossen worden. Das Bundesklima ist durch den heftigen Gegensatz in der Aussenpolitik bereits gefährlich heiss geworden. Die Art des von v. Hasse betriebenen Ausschaltens der SPD, wie bisheriges Verhalten und noch verschärfter Kurs des resentimentsgeladenen neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, werden auch die deutsche Innenpolitik auf gefährliche Temperatur bringen.